

Camerons riskanter EU-Kurs

Frances Palgrave, London

Die Briten diskutieren über tiefgreifende EU-Reformen und Premier David Cameron kündigt sogar ein Referendum an. Banken und Unternehmen sehen das als Gefahr für den Finanzplatz London. Bundeskanzlerin Angela Merkel wirbt derweil für einen Verbleib Großbritanniens in der EU.



David Cameron hatte sich jüngst Unterstützung für seinen eurokritischen Kurs erhofft. Bundeskanzlerin Merkel unterstrich aber die Bedeutung der EU auch für Großbritannien.

(dpa)

Die Zukunft Großbritanniens in der Europäischen Union ist 40 Jahre nach dem Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ungewiss und das Verhältnis der Briten zum europäischen Integrationsprozess angespannt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hielt bei ihrem jüngsten Auftritt in London die Tür zur Staatengemeinschaft für das Vereinigte Königreich weiter offen. Doch der britische Regierungschef David Cameron riskiert mit seiner umstrittenen Europapolitik, dass Großbritannien der Staatengemeinschaft endgültig den Rücken kehrt. Für Merkel wurde Ende Februar in London der rote Teppich ausgerollt. Erst sprach die Kanzlerin während ihres sechsstündigen Kurzbesuchs in der britischen Finanzmetropole vor den beiden Kammern des Parlaments – eine Ehre, die bislang nur wenigen ausländischen Staats- und Regierungschefs, darunter Barack Obama und Nelson Mandela, zuteilwurde. Danach lud Cameron Merkel zum Lunch in seine Privaträume in der Downing Street Nummer 10. Schließlich sprach die Kanzlerin noch mit Oppositionsführer Ed Miliband und trank einen Tee mit der Queen im Buckingham Palace, bevor es wieder zurückging nach Berlin.

Das „volle Rote-Teppich-Programm“, wie Medien titelten, ließ ahnen, wie hoch die Erwartungen der britischen Regierung an die deutsche Kanzlerin waren. Cameron, der im Falle seiner Wiederwahl im kommenden Jahr die EU umfassend reformieren und die EU-Verträge ändern lassen will, erhoffte sich dafür die Rückendeckung der Deutschen. Gleich zum Auftakt ihrer Rede in der Royal Gallery stellte Merkel allerdings klar, dass sie diejenigen enttäuschen müsse, die erwarten, dass ihre Rede den Weg ebnen werde „für eine fundamentale Reform der europäischen Architektur“, die alle Arten von unterstellten oder tatsächlichen britischen Wünschen erfüllen werde.

Merkel wünscht sich ein starkes Großbritannien

Zwar unterstrich Merkel in ihrer Rede grundsätzlich die Notwendigkeit zeitgemäßer Reformen der EU. Diese muss „stärker, stabiler und wettbewerbsfähiger“ werden, betonte sie. Und um neue Krisen zu verhindern, muss die Währungsunion durch eine starke Wirtschaftsunion ergänzt werden. Im Gegensatz zu Camerons Forderung nach fundamentalen EU-Reformen sprach sie aber von einer begrenzten, gezielten und zügigen Anpassung der vertraglichen Grundlagen. Das Subsidiaritätsprinzip sollte in Europa mehr Beachtung finden, pflichtete sie dem britischen Regierungschef bei, der mehr Kompetenzen von Brüssel zurück nach Westminster holen will. Auch überflüssige Bürokratie muss abgebaut werden, so die Kanzlerin.

Mit Blick auf das von Cameron für 2017 angekündigte Referendum der Briten über einen Verbleib in der Staatengemeinschaft warnte die Kanzlerin aber davor, den Integrationsprozess zu gefährden. Großbritannien wird auch künftig als starker Partner in der EU gebraucht und muss dort weiterhin „mit starker Stimme“ sprechen. Nur so können die notwendigen Veränderungen zum Wohle aller erreicht werden, appellierte Merkel an die Mitglieder des britischen Ober- und Unterhauses, die nach der Ansprache minutenlang Beifall spendeten.

EU-Kurs Camerons bleibt umstritten



Cameron hat seinen ersten Wahlerfolg 2010 als Euroskeptiker eingefahren, ist aber seitdem in einer Koalition mit den EU-freundlichen Liberalen. Dieser Spagat wird zunehmend schwieriger.

(dpa)

Obwohl die erhoffte Rückendeckung der deutschen Regierungschefin ausblieb, zeigte sich Cameron nach dem Treffen zufrieden. Dabei bleibt der EU-Kurs des britischen Premiers auch nach Merkels Auftritt im In- und Ausland weiter heftig umstritten. Zuletzt machten die britischen Banken Front gegen einen möglichen Austritt des Landes aus der EU. Der gemeinsame Markt für Finanzdienstleistungen ist ein wichtiger Faktor für den Erfolg Londons als Finanzzentrum und von beträchtlichem Wert für die Wirtschaft Großbritanniens, heißt es in einem Schreiben des Bankenverbandes BBA an das Schatzamt.

Entgegen Camerons Forderung, wieder Kompetenzen von Brüssel nach London zurück zu verlagern, plädieren die Banken für eine noch engere Bindung Londons an Brüssel, um den britischen Einfluss auf die EU-weite Finanzmarktregulierung zu erhalten. Die BBA verweist darauf, dass die Zahl der britischen Beschäftigten in der EU-Kommission in den vergangenen Jahren um fast ein Viertel gesunken ist. Großbritannien läuft Gefahr, bald in Brüssel unterrepräsentiert zu sein, warnt der Verband, der im Januar in Brüssel sein erstes Auslandsbüro eröffnet hat.

Seit Camerons Forderung nach weniger Bürokratie und mehr Flexibilität in der EU sowie einer Stärkung der nationalen Parlamente, untersucht die britische Regierung, welche Kompetenzen von Brüssel zurück nach Großbritannien geholt werden können. Die Untersuchung ergab bisher allerdings nur, dass die Verteilung der Machtverhältnisse in Schlüsselbereichen „weitestgehend angemessen“ ist. Vielmehr hat die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU den Handel gestärkt und die wirtschaftliche Entwicklung gestützt, heißt es in einer Zwischenbilanz.

Hälfte der Briten für einen „Brexit“

Die von Cameron versprochenen EU-Reformen zielen auf eine Stärkung des Wettbewerbs im gemeinsamen Binnenmarkt. Dazu sollten Abkommen für die Eurozone wie die Bankenunion für Teilnehmer und Nichtmitglieder ausgewogen gestaltet werden. Der Premier warnt dabei vor übereilten Entscheidungen. Sollte Großbritannien die EU verlassen – was bisher noch kein Mitgliedsstaat getan hat – dann sei das ein „One Way Ticket“, sagte Cameron in seiner richtungsweisenden Europa-Rede Anfang 2013. Details zu seinen Reformplänen bleibt der Tory-Chef bislang allerdings schuldig. Umfragen zufolge würde derzeit etwa die Hälfte der Briten für den EU-Austritt Großbritanniens, den so genannten „Brexit“ stimmen.

Im Wahlkampf 2010 hatte Cameron bereits damit geworben, einen Teil der Kompetenzen von Brüssel nach Westminster zurückzuholen. Diesen Plan musste er aber in den Koalitionsverhandlungen mit den europafreundlichen Liberaldemokraten aufgeben. Der Koalitionsvertrag hält fest, dass Großbritannien eine konstruktive Zusammenarbeit mit der EU verfolgt, aber keine weiteren Kompetenzen nach Brüssel verlagert werden sollen. Eine Euro-Einführung schließt die Koalition während ihrer Amtszeit bis 2015 aus. Im Gegensatz zu Cameron lehnt der Chef der Liberaldemokraten und Vize-Premier Nick Clegg ein Referendum über einen EU-Austritt ab: Großbritannien soll sich nicht hinter den Klippen von Dover verstecken, sondern offen sein gegenüber dem Rest der Welt.

Cameron sitzt zwischen allen Stühlen

Camerons neuerlicher Ruf nach weitreichenden EU-Reformen und das angekündigte Referendum ist letztlich ein Kompromissangebot an eine einflussreiche Gruppe von Europa-Gegnern in der eigenen Partei. Die Euroskeptiker der Tories fordern seit der Eurokrise lautstark einen EU-Austritt und verlangen, dass Großbritannien wieder unabhängiger von der EU werden soll. Camerons Angebot geht den aufmüpfigen Hinterbänkern noch nicht weit genug: Sie fordern, dass ihr Parteichef noch vor der Europawahl im Mai Details zu den geplanten Reformen der EU-Verträge vorlegt. Einige davon wollen außerdem ein Vetorecht für das britische Parlament gegen EU-Gesetzesneuerungen durchsetzen.

Damit bleibt Europa ein schwieriges Thema für die Tories. Cameron hat bereits zu Beginn seiner Amtszeit davor gewarnt, dass es dringlichere Probleme gibt, als „ständig auf Europa einzudreschen“. Doch der Tory-Chef, der sich selbst als „pragmatischer Euroskeptiker“ bezeichnet und für einen Verbleib Großbritanniens in einer reformierten EU eintritt, muss dem Thema Europa mittlerweile höchste Priorität einräumen – auch um Stimmverluste und eine Wählerabwanderung für die kommende Parlamentswahl zu vermeiden.

Die rechtspopulistische Unabhängigkeitspartei UKIP, die einen EU-Austritt propagiert und eine Anti-Immigrationspolitik verfolgt, verbucht einen enormen Zulauf in Großbritannien und fuhr Rekordergebnisse bei Regionalwahlen ein. Meinungsforscher trauen der Protestpartei zu, bei der Europawahl in Großbritannien stimmenstärkste Partei zu werden. Laut Wahlumfragen ist die UKIP im Vorfeld der britischen Parlamentswahlen hinter Labour und Konservativen derzeit die drittstärkste Kraft im Land.

Unternehmen und Auslandsbanken besorgt

Auch die britischen Unternehmen sind wegen der wachsenden Euroskepsis auf der Insel besorgt. Der Industrieverband CBI stellte unlängst klar: Die Wirtschaft wünscht, dass das Vereinigte Königreich in der Europäischen Union bleibt. Der Verband führt dazu an, dass die Mitgliedschaft vier bis fünf Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt. In das gleiche Horn blasen auch in London ansässige Auslandsbanken. Goldman Sachs drohte mit einem Wegzug aus London, sollte die Insel die EU verlassen. Auch JP Morgan warnt im Falle eines EU-Austritts davor, dass London seine Bedeutung als führendes Finanzzentrum Europas verlieren könnte. Die Citigroup erklärte, dass sich ein EU-Austritt negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung der Insel auswirken, Investitionen internationaler Unternehmen bremsen und Arbeitsplätze kosten werde.

Im Ausland treffen die Vorschläge Camerons ebenfalls auf wenig Gegenliebe. USA, Japan und Australien verweisen auf ihre Handelsbeziehungen und haben sich gegen einen Austritt Großbritanniens ausgesprochen. Frankreichs Präsident Francois Hollande erteilte Camerons avisierten EU-Vertragsänderungen bei einem Besuch im britischen Oxfordshire eine klare Absage. Auch Brüssel hat vor einem herben Bedeutungsverlust des Londoner Finanzplatzes bei einem EU-Austritt Großbritanniens gewarnt. Die Vize-Präsidentin der EU-Kommission, Viviane Reding, mahnt, dass die Insel sich dadurch Zutrittsmöglichkeiten zum Binnenmarkt verbaut. Cameron sollte die Geduld der EU-Mitglieder nicht überschätzen.